

BETRIEBSAUSSCHUSS IMMOBILIENSERVICEBETRIEB

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 26.04.2022

Zu Punkt 9 (öffentlich)

Feuerwehrgerätehaus Lämershagen (mündlicher Bericht)

Anhand von Schaubildern stellt Herr Peter den Zwischenstand der Prüfungen zum Feuerwehrgerätehaus Lämershagen dar.

Seit der Kenntnis um die überragende Bedeutung des Feuerwehrgerätehauses innerhalb der Stadt Bielefeld, habe sich der Immobilienservicebetrieb mit all seinen Kapazitäten mit der Prüfung der Bebaubarkeit des Geländes beschäftigt.

Dabei gelte es einige Herausforderungen zu bewältigen. Die Bushaltestelle sei ungünstig positioniert, stelle jedoch ein lösbares Problem dar. Ferner befinde sich auf dem Bestandsgelände ein sehr stark belegter Strommast. Es habe diesbezüglich einen Ortstermin mit den Stadtwerken gegeben. Das Ergebnis sei noch nicht in Gänze bekannt, die Kabel könnten wohl aber unter Aufwand und Kosten unterirdisch verlegt werden. Die Stadtwerke würden dafür derzeit eine Alternativplanung entwickeln.

Eine weitere Herausforderung stelle die intensive Begrünung dar. Es läge noch keine Stellungnahme des Umweltamtes vor. Aus den bisherigen Erfahrungen mit Feuerwehrgerätehäusern in anderen Teilen des Stadtgebietes sei gleichwohl bekannt, dass Neubauten an vielen Stellen aufgrund des hohen Stellenwertes der Begrünung scheitern würden. Eine Prüfung stehe noch aus. Es werde wohl aber Diskussionsbedarf geben.

Falls ein Neubau auf dem Bestandsgelände nicht realisiert werden könne, habe sich der Immobilienservicebetrieb von der Feuerwehr ein Suchfeld mitteilen lassen. In diesem Suchfeld halte die Feuerwehr es für denkbar, ein Feuerwehrgerätehaus auf einem Alternativgrundstück neu zu errichten. Die Beratung mit dem Bauamt habe ergeben, dass es dort nur wenige Möglichkeiten für einen Neubau gebe. In Betracht kämen aus bauordnungsrechtlicher Sicht zwei Grundstücke. Da die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt seien, sei es an dieser Stelle zu früh für weitere Informationen. Die Prüfung sei im Prozess.

Der Immobilienservicebetrieb habe von der Feuerwehr noch kein Raumprogramm erhalten und damit gebe es noch keinen Anhaltspunkt, wie groß das Gebäude werden solle. Deshalb werde sich momentan an dem vor vier Jahren neu gebauten Feuerwehrgerätehaus Quelle orientiert.

Der Kubus des Feuerwehrgerätehauses Quelle sei in zwei Varianten auf das Bestandsgelände gelegt worden. Die erste Variante sehe eine annähernde Nord-Süd-Ausrichtung vor, die zweite eine Ost-West-Ausrichtung. Vom Platz her würde es passen. Das Problem seien eher die Schleppspuren bei den Ausfahrten und die Stellplätze. Darüber hinaus sei die Topografie nicht ganz einfach. Der Boden bestünde aus Kalkstein, also Fels, der in einigen Randbereichen sehr stark ansteigend sei.

Mit dem heutigen Vortrag habe die Verwaltung nach Meinung von Herrn Rees den Vorwurf der Untätigkeit widerlegt. Es sei deutlich geworden, dass die Verwaltung sehr wohl aktiv sei, wofür er sich bedankt. Nun stelle sich vor dem dargelegten Hintergrund die Frage nach dem weiteren Vorgehen.

Er schlägt vor, die Verwaltung weiterarbeiten zu lassen und alle notwendigen Grundlagen für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Lämershagen zu legen. Anschließend solle eine Beschlussvorlage in den Betriebsausschuss ISB eingebracht und eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Thole moniert, dass die Verwaltung erst seit der letzten Sitzung tätig sei und zehn Jahre lang nichts unternommen hätte. Immerhin läge jetzt etwas vor und

dafür spricht er der Verwaltung seinen Dank aus.

Nach wie vor halte die CDU-Fraktion an ihrem Antrag fest und fordere, das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen ins Bauprogramm aufzunehmen, um zu gewährleisten, dass die Maßnahme nicht erst in zehn oder fünfzehn Jahren verwirklicht werde, sondern zumindest bis zum Jahr 2030. Er könne nicht verstehen, was gegen die Aufnahme der Maßnahme ins Bauprogramm spreche.

Frau Brinkmann habe an dem Ortstermin am 11. April teilgenommen. Es sei richtig, dass etwas getan werden müsse. Den Vorwurf der Untätigkeit der Verwaltung könne sie nicht nachvollziehen, denn die Verwaltung habe heute bereits Ergebnisse präsentiert. Sie bedankt sich bei Herrn Peter, der den Ausschuss in die Lage versetzt habe, weiter beraten zu können.

Wie von Herrn Rees vorgeschlagen, solle die Verwaltung mit der weiteren Planung beauftragt werden und den Betriebsausschuss, wenn möglich vor der Sommerpause, über die Ergebnisse, zum Beispiel bei der Grundstückssuche, informieren. Dem Antrag der CDU-Fraktion wolle die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Erst mit Vorliegen aller Daten könne eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Frischemeier stellt zusammenfassend die beiden Anträge gegenüber.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke erbeten zunächst weitere Informationen, u. a. über den Zeitraum der Realisation und die Kosten der Maßnahme. Im Bauprogramm sei zum jetzigen Zeitpunkt auch gelistet, wann welche Maßnahme beginnen solle und wie teuer sie in etwa würde. Danach solle nochmalig eine Beratung im Ausschuss mit dem Ziel, das Feuerwehrgerätehaus im Laufe des Jahres in das Bauprogramm aufzunehmen, erfolgen. Dagegen verlange die CDU-Fraktion die sofortige Aufnahme der Maßnahme.

Herr Thole stellt klar, dass es anders vereinbart worden sei. Zur Bekräftigung zitiert er einen Auszug aus der letzten Sitzung des Betriebsausschusses ISB: *Wenn Herr Frischemeier die Diskussion im Rat richtig verstanden habe, solle im Betriebsausschuss ISB eine Lösung gefunden werden, wie das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen in die Liste integriert werden könne.* Nach Herrn Tholes Interpretation solle dies nicht erst in einem halben Jahr oder einem Jahr geschehen, sondern jetzt.

Er fragt nach einem Grund, weshalb die Maßnahme nicht heute aufgenommen werden könne. Eine Kostenschätzung sei innerhalb eines halben Tages vom Fachamt zu ermitteln. Hierin sehe er keinen Hinderungsgrund. Entscheidend sei, ein Zeichen für die Freiwillige Feuerwehr zu setzen.

Laut Herrn Krämer befinde sich das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen in einem Zustand der Mangelbewältigung. Die technischen Voraussetzungen könnten weder umgesetzt noch nachgerüstet werden. Der jetzige Zustand sei desolat und die Freiwillige Feuerwehr nicht einsatzfähig.

Es bestünde die Gefahr, dass sich die Freiwillige Feuerwehr in ein paar Jahren, wenn weiter nichts unternommen werde, auflöse. Dann gebe es ein riesiges Problem. Daher müsse jetzt zügig gehandelt werden.

Auch Herr Rees wolle die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in die Investitionsliste bis 2030. Um die Aufnahme belastbar zu bewerkstelligen, müssten jedoch mehrere Voraussetzungen erfüllt sein. So bedürfe es u. a. eines passenden Grundstückes sowie eines Raumprogrammes und es müsse bekannt sein, wie viele Fahrzeuge dort stationiert würden. Diese Voraussetzungen würden fehlen.

Ein Bekenntnisbeschluss sei nicht erforderlich, da im Brandschutzbedarfsplan das Gebäude und die Funktion der Freiwilligen Feuerwehr erfasst seien und somit die Notwendigkeit bereits beschlossen worden sei.

Es ginge darum, eine belastbare Grundlage innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes, nämlich bis 2030, zu benennbaren Kosten zu haben. In der Vergangenheit sei bei solchen Maßnahmen immer derart verfahren worden.

Nach Aussage von Herrn Thole sei ein Teil der im Bauprogramm aufgeführten Baumaßnahmen tatsächlich in Planung, teilweise verhältnismäßig weit. Aber eine ganze Reihe von Maßnahmen sei überhaupt noch nicht geplant und wäre einfach mitgelistet. Selbiges verlange er für das Feuerwehrgerätehaus. Weiter bemängelt Herr Thole, dass im Zusammenhang mit der Einladung zum Ortstermin viel schiefgelaufen sei. Die hierfür verantwortliche Person sei heute nicht anwesend. Denjenigen, die am ursprünglichen Termin verhindert gewesen wären, hätte ein neuer Ortstermin vor der Sitzung angeboten werden sollen. Das sei ihm schriftlich mitgeteilt worden. Geschehen sei aber nichts. Es sei unstrittig, dass das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen erneuert werden müsse. Nach wie vor könne er nicht nachvollziehen, weshalb die Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion derart schwierig sei.

Da es keinen Diskussionsbedarf mehr gibt, lässt Herr Frischemeier über die drei vorliegenden Anträge, beginnend mit dem weitreichendsten, abstimmen.

„Die Prioritätenliste“ wird auf Bitten der CDU-Fraktion durch „das Bauprogramm“ ausgetauscht.

Darüber hinaus ergänzt Herr Frischemeier mit Zustimmung der CDU-Fraktion das Wort „sofort“ in dem Antrag der CDU.

Herr Rees bittet um Ergänzung der Jahreszahl „2030“ in allen drei Anträgen. Es solle vom „Bauprogramm 2030“ gesprochen werden. Der Betriebsausschuss ISB ist einverstanden.

Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion unter Berücksichtigung der Änderungen abgestimmt.

Beschluss:

Das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen ist sofort in das Bauprogramm 2030 aufzunehmen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Sodann erfolgt die Beschlussfassung über den Antrag der FDP-Fraktion unter Berücksichtigung der Änderungen.

Beschluss:

Das Feuerwehrgerätehaus Lämershagen ist in das Bauprogramm 2030 aufzunehmen. Das so aktualisierte, vollständige Bauprogramm ist dem BISB und HWBA in den jeweiligen, nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung abgelehnt -

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fasst der Betriebsausschuss ISB folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Laufe des Jahres die Grundlagen für die Aufnahme des Feuerwehrgerätehauses Lämershagen in das Bauprogramm 2030 zu erarbeiten und dem Betriebsausschuss ISB zur Beschlussfassung vorzulegen.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

...